



## **Resolution First German Israeli Student Conference**

Diese Resolution ist im Rahmen der Ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenzentstanden. Erstunterstützer\*innen sind neben den Initiator\*innen – dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, dem freien Zusammenschluss von student\*innenschaften, dem AStA der Uni Darmstadt und dem AStA der Uni Frankfurt – parteinahe Hochschulgruppen wie:

- Die Juso Hochschulgruppen
- Die Liberalen Hochschulgruppen
- Campus Grün
- Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten

## **Resolution**

1. Das Recht Israels, als jüdischer und demokratischer Staat in Sicherheit und Frieden zu existieren, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, deren Infragestellung wir nicht tolerieren. Israel hat das Recht sich zu verteidigen und von der Weltgemeinschaft fair und verhältnismäßig behandelt zu werden.
2. In Vergangenheit und Gegenwart diente Antisemitismus als ideologische Grundlage antidemokratischer Bündnisse. In Anerkennung dieser Tatsache stellen wir uns unterschiedslos gegen alle Feinde Israels, egal ob sie der politischen Linken, der politischen Rechten, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamischen Spektrum zuzuordnen sind.
3. Die IHRA Antisemitismusdefinition, welche auch die Bundesregierung verabschiedet hat, bietet eine klare Grundlage zur Identifikation von Judenhass und ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine herausragende Rolle. Wir begrüßen die IHRA Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen Universitätsstandorten etabliert sehen. In unseren Organisationen findet sie

## DEUTSCH-ISRAELISCHE **STUDIERENDEN KONFERENZ**



4. Anwendung und wird in Bildungsangeboten den Mitgliedern vermittelt. Jüdisches Leben auf dem Campus darf nicht gefährdet sein, jüdische Studierende müssen sich an allen Hochschulen sicher fühlen können.
5. Die Boykottkampagne gegen Israel, verbunden mit dem Label „BDS“, stellt einen besonders aggressiven Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus dar, für den es keinen Raum an deutschen Universitäten geben darf. Wer die akademische Freiheit anderer wegen ihrer Herkunft bzw. ihres Wohnortes nicht akzeptiert, kann sie für sich selbst nicht unbegrenzt einfordern. Für uns schließt sich jegliche Zusammenarbeit mit BDS, seinen Akteurinnen und Akteuren, ihren Unterstützerinnen und Unterstützern sowie mit deren Partnerinnen und Partnern grundsätzlich aus.
6. Mit Israel, der einzigen Demokratie des Nahen Ostens, verbinden uns nicht nur Werte, sondern auch gemeinsame Interessen. Kooperation und akademischer Austausch zwischen Deutschland und Israel müssen daher, wo immer möglich, nach Kräften gefördert und ausgebaut werden. Denn darin, in gemeinsamer Forschung und in studentischem wie akademischem Austausch zwischen diesen beiden Staaten, sehen wir auch die Möglichkeit einer gemeinsamen Auseinandersetzung und Lösungsfindung mit bzw. zu drängenden Herausforderungen wie etwa Klimawandel und Digitalisierung.
7. Die Erforschung des Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, sowie die Vermittlung entsprechender Erkenntnisse an Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind für die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus von höchster Wichtigkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein und fordern von Universitäten und Politik, bundesweit und fächerübergreifend weitere Lehrstühle im Themenbereich Antisemitismusforschung zu etablieren. Der Themenbereich muss flächendeckend auch und insbesondere in den Studienordnungen der Politik- und Sozialwissenschaften, sowie den Lehramtsstudiengängen verankert werden.